

Am 13. August 1948 beschlossen die westdeutschen Ministerpräsidenten, dass der Parlamentarische Rat in Bonn tagen sollte. Damit hatten sie eine wichtige Vorentscheidung für Bonn als Regierungssitz der Bundesrepublik getroffen – ohne zu ahnen, dass die Stadt am Rhein noch sechzig Jahre später davon profitieren würde.

Drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs war die Koalition zwischen US-Amerikanern, Briten, Franzosen und Sowjets zerbrochen. Nachdem die Kommunisten am 25. Februar 1948 auch in Prag die Macht übernommen hatten, lagen alle Hauptstädte Mittel- und Osteuropas im sowjetischen Einflussbereich. In Griechenland unterstützten die Sowjetunion und die USA offen die sich bekämpfenden Bürgerkriegsparteien. Erst wenige Monate zuvor hatte US-Präsident Harry Truman die Politik der Eindämmung gegenüber der UdSSR verkündet. Um dem sowjetischen Hegemonialstreben Einhalt zu gebieten, beschlossen die USA, Großbritannien und Frankreich gemeinsam mit den Benelux-Staaten auf der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz im Juni 1948, dass die westdeutschen Länder einen eigenen Bundesstaat mit zunächst beschränkten Regierungsvollmachten gründen sollten. Am 20. Juni fand in den westlichen Zonen die Währungsreform statt. Als Reaktion sperrten die Sowjets am 24. Juni die Land- und Wasserwege in die frühere Reichshauptstadt ab. Die alliierten Truppen in Westberlin und die dortige Bevölkerung konn-

ten in den folgenden Monaten nur noch aus der Luft versorgt werden. Seit 1945 war die Kriegsgefahr in Mitteleuropa nie größer gewesen.

Vor diesem Hintergrund bestellten die Militärgouverneure der drei westlichen Siegermächte am 1. Juli 1948 die elf Ministerpräsidenten nach Frankfurt ein und gaben ihnen den Auftrag, bis zum 1. September eine verfassunggebende Versammlung einzuberufen. Da die Militärgouverneure keinen Tagungsort vorgegeben hatten, lag es an den Ministerpräsidenten zu entscheiden, wo der Parlamentarische Rat zusammenkommen sollte. Das geteilte und unter Blockade stehende Berlin schied von vornherein aus. Trotz Mangelwirtschaft und begrenzten Unterbringungsmöglichkeiten bekundeten bald einzelne Städte und Landesregierungen Interesse.

Der Karlsruher Oberbürgermeister, Friedrich Toepper, schickte bereits am 8. Juli ein Telegramm an die im Burghotel Rittersturz bei Koblenz tagenden Ministerpräsidenten, in dem er die Eignung seiner Stadt hervorhob. Wenige Tage später bekräftigte er seine Einladung in einem Brief: Tagungsräume und Unterkünfte seien in der ehemaligen badischen Landeshauptstadt ausreichend vorhanden. Auch verwies Toepper auf die demokratische und freiheitliche Tradition Badens. Reinhold Maier, Ministerpräsident von Württemberg-Baden, und sein Kollege Leo Wohleb aus Südbaden unterstützten diese Bewerbung. Die Ministerpräsidenten hatten keine Eile mit der Auswahl des

Tagungsortes. Sie beschäftigte die Umsetzung des Auftrags der Alliierten, dem sie zunächst zurückhaltend gegenüberstanden. Keiner von ihnen wollte einer gesamtdeutschen Regelung vorgreifen und die Verantwortung für eine weitere Spaltung Deutschlands tragen. Zunächst müsste die staatliche Souveränität wiederhergestellt werden, dann könne über die Verfassung beraten werden. In einem Brief an die Militärgouverneure zeigten sich die Ministerpräsidenten lediglich zu einer engeren Kooperation der drei Westzonen auf verwaltungstechnischer Ebene bereit. Der Aufbau gemeinsamer Institutionen müsste provisorischen Charakter haben. General Lucius Clay, der Militärgouverneur der USA, reagierte verständnislos auf diese Bedenken und machte den Ministerpräsidenten klar, dass der Auftrag der Alliierten nicht zu verhandeln sei. Die Ministerpräsidenten konnten lediglich die Abschwächung der Begrifflichkeiten durchsetzen: Die verfassungsgebende Versammlung durften sie als „Parlamentarischen Rat“ und die zu verabschiedende Verfassung als „Grundgesetz“ bezeichnen.

Ort des Geschehens

Am 2. August teilte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident, Peter Altmeier, mit, dass auch Koblenz als Tagungsort infrage käme. Hintergrund für die Bewerbung war, dass Koblenz die Funktion als Landeshauptstadt aufgrund eines Beschlusses der französischen Militärregierung an Mainz abgeben musste. Am folgenden Tag sprach der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Kolb eine Einladung an den Parlamentarischen Rat aus. Die Stadt am Main hatte starke Argumente: Frankfurt stand in der demokratischen Tradition der Paulskirche und hatte als Sitz des Wirtschaftsrats sowie der Bizonenverwaltung bereits Erfahrungen als Tagungsstandort vorzuweisen. Am selben Tag gab der Ministerpräsident von

Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, die Bewerbung von Bonn bekannt. Schließlich schlug am 9. August Niedersachsens Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf die Stadt Celle vor.

Bereits am 5. Juli 1948 hatte die Düsseldorfer Landesregierung die Idee diskutiert, dass Nordrhein-Westfalen als bevölkerungsstärkstes Land Gastgeber der verfassungsgebenden Versammlung sein sollte. Die Delegierten, denen die Schaffung einer Verfassung für Deutschland obliegen würde, sollten an einem Ort zusammenkommen, an dem sie etwas von den sozialen und wirtschaftlichen Spannungen in den Industrielandschaften Deutschlands spüren könnten. In seiner Antwort an den Karlsruher Oberbürgermeister wies Ministerpräsident Karl Arnold auch darauf hin, dass bislang fast alle bedeutenden Treffen der Ministerpräsidenten im Süden Deutschlands stattgefunden hatten. Nachdem der Wirtschaftsrat und die Verwaltung der Bizone ihren Sitz bereits in Frankfurt und damit in der amerikanischen Besatzungszone hatten, unterstützten auch die Briten den Vorschlag, die verfassungsgebende Versammlung in ihrer Zone tagen zu lassen. Der Leiter der Düsseldorfer Staatskanzlei, Hermann Wandersleb, schlug vor, das Gebäude der Pädagogischen Akademie in Bonn zu nutzen. Er selbst hatte 1947 einen Lehrgang in diesem Haus besucht und war von der Stadt sowie vom Tagungsgebäude überzeugt. Die Pädagogische Akademie war für einen Betrieb mit rund 200 Personen ausgerüstet. Genug Platz also, um während der Semesterferien einige Wochen lang den Ablauf der Beratungen des Parlamentarischen Rates und seiner fünfundsechzig Abgeordneten reibungslos zu ermöglichen.

Am 12. August 1948 trugen drei Ministerpräsidenten den Militärgouverneuren ihre Beratungsergebnisse vor. Karl Arnold aus Nordrhein-Westfalen war als Vertreter der britischen Besatzungszone,

Ministerpräsident Christian Stock aus Hessen als Vertreter der amerikanischen Zone und Ministerpräsident Peter Altmeier aus Rheinland-Pfalz als Vertreter der französischen Zone nach Frankfurt gekommen. Nachdem die inhaltlichen Fragen geklärt waren, wollten die Alliierten wissen, in welcher Stadt die Versammlung zusammenkommen werde.

Die Antwort des hessischen Ministerpräsidenten fiel mager aus: Zwar seien die organisatorischen Vorbereitungen im vollen Gange – allein der Tagungsort stehe noch nicht endgültig fest. Stock konnte lediglich die Namen der Städte nennen, die bereits ihr Interesse bekundet hatten: Nachdem Koblenz sein Angebot wieder zurückgezogen hatte, blieben Karlsruhe, Frankfurt, Celle und Bonn. Diese Antwort stellte die Militärgouverneure nicht zufrieden. Da auch die Alliierten Maßnahmen treffen mussten, um die Beratungen des Parlamentarischen Rats am Ort des Geschehens beobachten und begleiten zu können, forderten sie die Deutschen auf, umgehend einen Tagungsort festzulegen. Stock sagte zu, sich sofort mit den übrigen Ministerpräsidenten in dieser Frage abzustimmen.

Acht Stimmen Mehrheit

Am folgenden Tag, dem 13. August 1948, ordnete er sein Büro an, eine telefonische Abstimmung durchzuführen. Bei der telefonischen Rundfrage wurden jedem Ministerpräsidenten sämtliche Namen der Bewerberstädte mitgeteilt. Die Abstimmung ergab, dass sich acht Länder für Bonn entschieden. Niedersachsen stimmte für Celle, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern für Karlsruhe. Für dieses ungewohnte Vorgehen, eine Abstimmung ohne vorherige Aussprache herbeizuführen, musste sich Stock beim nächsten Treffen der Ministerpräsidenten rechtfertigen. Er verteidigte sich mit dem Hinweis, dass ihm eine Zusammenkunft allein zur Klärung

Viele Wege führen nach Rom – nach dieser Aufnahme aus dem Jahr 1948 aber nur ein einziger nach Bonn.

© picture-alliance/akg-images, Foto: akg-images



des Tagungsorts aufgrund der Dringlichkeit sowie der allgemeinen Arbeitsbelastung nicht angemessen erschienen war.

An der Mehrheit für Bonn änderte dies nichts. Es waren vor allem drei Motive, die für die Entscheidung der Ministerpräsidenten relevant waren. *Erstens* waren sie zu der Einsicht gelangt, dass dem Wunsch der Briten nachgegeben werden müsse und diese bedeutende Tagung nicht erneut in Süddeutschland und damit in der amerikanischen Zone, sondern in der britischen stattfinden sollte. *Zweitens* unterstrich die Wahl Bonns den provisorischen Charakter der Versammlung. Frankfurt hätte zu stark an die genau hundert Jahre zuvor stattgefundene verfassungsgebende Versammlung in der Paulskirche erinnert – und an ihr Scheitern. Nachdem Wirtschaftsrat und Bizonenverwaltung dort bereits ihren Sitz hatten, würde Frankfurt mit der verfassungsgebenden Versammlung endgültig als deutsche „Ersatzhauptstadt“ gelten. Diese Assoziation wollten die Ministerpräsidenten um jeden Preis vermeiden. Bonn bot die beste Garantie, als Provisorium wahrgenommen zu werden

und die endgültige Entscheidung über den Regierungssitz offenzuhalten. *Drittens* sprachen ganz praktische Gründe für Bonn: Abgesehen vom Stadtkern, in dem rund achtzig Prozent der Gebäude zerstört waren, hatte der Bombenkrieg die umliegenden Stadtteile und Gemeinden verschont. Die Universität bot mit ihrer Bibliothek eine nützliche Infrastruktur. Die nahe gelegenen Kurorte Bad Godesberg, Königswinter, Bad Honnef und Bad Neuenahr waren gleichermaßen geeignet und attraktiv, Abgeordnete, Diplomaten und Journalisten aufzunehmen. Nicht zuletzt sprach auch die relativ zentrale Lage zwischen Nord- und Süddeutschland für Bonn. Die Bonner machten geltend, dass ihre Stadt „ältester deutscher Kulturboden“ sei, in dem „freiheitliches Denken von jeher seine Heimstatt“ besessen habe. Mit der Pädagogischen Akademie konnte die Stadt zudem eine moderne, ausreichend große und im Krieg unversehrt gebliebene Tagungsstätte aufweisen. So wurde Bonn dann auch von manchen Zugereisten als „heile Stadt“ wahrgenommen, in der man ordentliche Zimmer bekam, gute Straßen vorfand und in Ruhe seine Arbeit verrichten konnte.

Mit der Entscheidung für Bonn hatte die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen die Verantwortung für die weiteren Vorbereitungen. Die Pädagogische Akademie wurde schleunig hergerichtet: Aus der Aula wurde der Plenarsaal, aus den Klassenräumen Sitzungssäle und aus der bisherigen Mensa ein ordentliches Restaurant. Da man bei den Planungen damit rechnete, dass die Arbeit in einigen Wochen erledigt sei, wurden die Abgeordneten in Hotels untergebracht: die SPD in Bad Honnef, CDU und CSU in Königswinter. Die Abgeordneten von FDP, KPD und Zentrum wurden in Bonn selbst untergebracht. Die Verantwortlichen in Stadt und Land hatten den Ehrgeiz, den Abgeordneten einen möglichst angenehmen Aufenthalt in Bonn zu ermöglichen.

So erhielt jeder Abgeordnete zur Begrüßung eine Leder-Schreibmappe und ein Stück Seife – in jener Zeit Ausdruck besonderer Aufmerksamkeit.

Im Gegensatz zur allgemeinen Auffassung, wonach Konrad Adenauer Bonn zur Hauptstadt wählen ließ, da er im nahe gelegenen Rhöndorf beheimatet war, hatte er mit der Frage bis zum September 1948 nichts zu tun gehabt. Es gibt keine Hinweise darauf, dass Adenauer selbst im Sommer 1948 auf die Entscheidung der Ministerpräsidenten, Bonn zum Tagungsort des Parlamentarischen Rates zu bestimmen, Einfluss genommen hat. Als Vorsitzender der CDU in der britischen Zone war er zwar ein wichtiger Kopf in der politischen Landschaft, ihm fehlte jedoch die politische Funktion, in dieser Frage mit zu entscheiden.

Erst nach seiner Wahl zum Präsidenten des Parlamentarischen Rates wurde Adenauer offiziell mit der Hauptstadtfrage konfrontiert: Ironischerweise machte ihn der hessische Ministerpräsident Stock – der größte Fürsprecher Frankfurts – aufmerksam, dass die notwendigen Baumaßnahmen eingeleitet werden müssten, damit das künftige Bundesparlament in der Stadt am Main tagen könnte. Dass Adenauer diese Idee nicht unterstützte, ist eine bekannte Geschichte.

Noch war die Entscheidung zwar nicht gefallen, wo die Bundesorgane der noch zu gründenden Bundesrepublik unterkommen würden. Zwei Abstimmungen fanden noch statt – im Mai 1949 im Parlamentarischen Rat und im November 1949 in Deutschen Bundestag, die Bonn endgültig die Funktion des Regierungssitzes zuwies. Aber die Entscheidung der Ministerpräsidenten vom 13. August 1948 hatte hierfür eine wichtige Voraussetzung geschaffen, von der die Stadt Bonn bis heute Nutzen hat. Denn auch heute noch arbeitet mehr als die Hälfte der Mitarbeiter der Bundesregierung am Rhein.